

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

Aus den Lannen

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: 40 Pfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Pfennige. Bei Nicht-
erscheinen der Zeitung infolge besonderer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 12 Pfennige, die Reklamizeile 35 Pfennige.
Zahlung innerhalb 8 Tagen. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 32

Altensteig, Samstag den 7. Februar.

Jahrgang 1925

Zur Lage.

Mit Noten und Reden hat der neue Feldzug der Alliierten gegen Deutschland in der letzten Januarwoche seinen Anfang genommen. Der deutsche Reichskanzler Dr. Luther hat auf Herriots schlimmste Behauptungen in der Pariser Kammer in einer Versammlung vor ausländischen Pressevertretern geantwortet. Er betonte dabei den Willen zur Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich über alle Fragen, auch über die Sicherheitsfrage, die man in Paris in den Vordergrund geschoben hat, um einen neuen Feldzug der Verleumdung gegen Deutschlands angebliche Rüstungsführer zu können. Dr. Luther hat die geradezu lächerlichen Angaben Herriots über die deutsche geheime Rüstung zurückgewiesen und sich bereit erklärt, alles zu untersuchen. Auch in der Räumungsfrage wies der Kanzler darauf hin, daß Frankreich zu Verhandlungen bereit ist. Auf alle diese Bezeugungen eines guten und ehrlichen Willens ist man in den Pariser Regierungskreisen beinahe stumm geblieben. Herriot und der Präsident der französischen Republik Doumergue haben nur einige Verlegenheitsausflüchte gebraucht, um erneut die bedrohte Sicherheit Frankreichs in die Welt hinauszuposaunen, aber keineswegs irgend eine Andeutung gegeben, daß Frankreich zu Verhandlungen über die kritischen politischen Fragen bereit sei. Anders wurden in der politischen Presse des Auslands Dr. Luthers Ausführungen gedeutet. Das französische Nationalistenblatt der „Temps“ hat den deutschen Kanzler mit hasserfüllten Darlegungen über deutsche Kriegsvorbereitungen und verwandtschaftliche Rundgebungen abzutun versucht. Da das Blatt den Schwerindustriellen Frankreichs nahesteht, so ist dies nicht von ungefähr. Allerdings hat die französische Linkspresse Dr. Luthers Verhandlungsvorschläge freundlich aufgenommen. Aber diese internationale, nach partei-tatsächlichen Zielen eingestellte Erörterung hat solange keinen Wert, als die verantwortlichen Männer in Frankreich nicht den guten Willen zur Verständigung aufbringen. Herriot hatte sich in der Kammer ja nur zu wehren, daß er die Sozialisten auf seine Seite bekam, als die Kammer den Antrag seiner Behauptung beschloß. Unterdeß ist die Stimmung in dem Linkslager der französischen Kammer gegen den Führer Herriot nicht besser geworden. Auch die beschlossene Aufhebung der französischen Volkspartei am Vatikan mit Hilfe der Kommunisten hat diese Situation nicht zu Gunsten Herriots beeinflusst.

Neben den sympathischen Stimmen, die man in der ausländischen Presse zu der Erklärung des deutschen Reichskanzlers findet, steht die Äußerung des englischen Außenministers Chamberlain, der Herriot in der Sicherheitsfrage beipflichtete und die Versicherung abgab, daß die Vertragsmächte die Verpflichtungen des Versailles Vertrags erfüllen, aber zugleich die Ausführungen Dr. Luthers, „es dauerte“. Selbst in englischen Kreisen hat diese Haltung übertraf, schreibt doch Daily News, Luthers Rede sei in der Tat eine milde Antwort auf den dramatischen Ausbruch Herriots in der französischen Kammer.

Was aus der nun eingeleiteten öffentlichen Besprechung in der internationalen Weltpresse herauskommt, ist ziemlich undeutlich. Der Abschluß eines Sicherheitsvertrages zwischen Frankreich, England und Deutschland wurde seinerzeit schon von der Regierung Cuno angeregt, aber in Paris hat man darüber gelacht. Der Weg zur Befriedung der europäischen Verhältnisse bleibt eben in Paris noch lange versperrt. Die schönen Worte von der Völkerverständigung und Verständigung sind nur Weihrauch auf bekümmerte Seelen. Die französische Politik hat sich in ihren tiefsten Wurzeln seit Clemenceau und Poincaré um kein Zota geändert. Daß das Revisionsgericht in Paris den deutschen General von Rathnuss nicht freisprach, ist ein Stück dieser Politik.

In der Auslandspolitik dieser Woche steht vor allem der griechisch-türkische Konflikt vorne an. Man raffelt dort bereits mit dem Säbel. Der Austausch der fremdhämmigen Bevölkerungsteile zwischen beiden Staaten führte schon längere Zeit zu ernstlichen Schwierigkeiten. Die Türken haben den Vertreter der griechisch-orthodoxen Kirche, den Armenischen Patriarchen, ausgewiesen, weil er sich in innerpolitische türkische Angelegenheiten mischte. Das Recht hierzu schöpfte die Angora-Regierung aus dem Lausanne Vertrag. In Griechenland ist man darüber empört und hat bereits die Vermittlung der Entente-mächte angerufen. Die Türkei lehnt jede Konzession ab. Hinter dem Konflikt verbirgt sich die neue Mächteverteilung im Osten, die Verständigung Russlands mit der Türkei und das russisch-japanische Bündnis, durch das man in türkischen Kreisen sich gestützt fühlt.

Reich bewegt gestaltete sich die innere Politik Deutschlands. Die Preußenkammer beherrschte das Interesse der Öffentlichkeit. Der vom preussischen Landtag wiedergewählte Ministerpräsident Braun (Soz.) lehnte die Wahl ab, nachdem sich gezeigt hatte, daß die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei nicht für eine Regierung mit Einschluß der Sozialdemokratie zu haben war, auch keinerlei Neutralität üben wollte. Man nimmt nun an, daß in Preußen ein Kabinett der kleinen Koalition aus Zentrum und Demokraten es versucht, die Regierung zu bilden, vielleicht unter Einschluß der Deutschen Volkspartei. Aber nach wie vor drängt die Entwicklung in der Richtung der Zuziehung der Deutschnationalen, da im Reich nun einmal die Koalition mit der Rechten feststeht. Die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten soll am 10. Februar erfolgen. Noch immer steht die Kandidatur des Zentrumsvertreters Dr. Horion im Vordergrund. Neuerdings soll jedoch vom Zentrum eine andere Persönlichkeit ins Auge gefaßt worden sein.

Die Finanzministerkonferenz der Länder beim Reichsfinanzminister in Berlin hat die Schwierigkeiten des Finanzengagements zwischen Reich und Ländern beleuchtet, zugleich das große und schwere Problem der Steuern. Wenn auch die Haushaltspläne des Reichs, der Länder und der Gemeinden für 1924/25 wohl ohne Fehlbetrag abschließen, so birgt die kommende dauernde Regelung der finanziellen Verhältnisse und die Rücksicht, die Bedürfnisse der Steuerkraft der Volkswirtschaft anzupassen, so tiefeinschneidende Maßnahmen in sich, daß vor 1926 keine endgültige Klärung zu erwarten ist. Aus dieser ersten Fühlungsnahme werden sich langwierige Verhandlungen ergeben.

Im Reichstag hat man neben sozialen Fragen im Zusammenhang mit der Beratung des Haushalts für das Reichsministerium auch die Aufwertungsfrage verprochen. Die Regierung kündigte an, daß sie innerhalb drei Wochen einen Gesetzentwurf vorlegen wird, der Rechtsgewißheit auf dem Boden eines der Billigkeit entsprechenden endgültigen Ausgleichs bringen soll. Der Schlüsselpunkt unter die Währungsstabilisierung wird aber noch viel Kopfzerbrechen machen und zweifellos auch mancherlei Enttäuschungen bringen.

Der Magdeburger Obertprozess hatte ein gerichtliches Nachspiel. Der Vorsitzende des Republikanischen Richterbundes, Landgerichtsdirektor Kroner in Berlin hatte in der „Reichs-Zeitung“ den Vorsitzenden im Beleidigungsprozess des Reichspräsidenten, Landgerichtsdirektor Bowersdorff in Magdeburg, scharf angegriffen und beleidigt. Diese Beleidigungssage wurde gegen Kroner entschieden, der zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Daraus entsteht nun neuer parteipolitischer Streit um Fragen der Rechtsprechung. In Paris haben die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen nach der Rückkehr des deutschen Delegationsführers Dr. Trendelenburg ihren Fortgang genommen. Es sollen sich Möglichkeiten für eine Verständigung gezeigt haben. Deutschland erstrebt bei der endgültigen Lösung die Reißbegünstigung für seine Einfuhrwaren und ist gleichzeitig bereit, ein Zwischenabkommen abzuschließen, bis in Frankreich die Zolltarife behandelt sind.

Die Denkschrift über die Aufwertung

Berlin, 6. Febr. Der Aufwertungsausschuss des Reichstages hat beschlossen, die im Reichsfinanzministerium verfaßte Denkschrift über die Aufwertung, die bisher als vertraulich bezeichnet war, freizugeben. Die Denkschrift gibt einen interessanten Überblick über die ganze Aufwertungsfrage. Der Zweck derselben ist, für die Behandlung des Aufwertungsproblems eine Grundlage zu schaffen. Die Denkschrift behandelt im ersten Abschnitt die Umstellung des Geldwesens beim Beginn des Weltkrieges und im zweiten den Währungszerfall. Im dritten wird die Behandlung der Aufwertungsfrage durch die dritte Steuernotverordnung dargelegt. Der vierte Abschnitt enthält die Aenderungsanträge zur dritten Steuernotverordnung. Die Denkschrift kommt zu dem Schluß, daß über die zahlreichen Einzelfragen, die das Problem der Aufwertung betreffen, die Ansichten wohl weit auseinandergehen. Ueber eins jedoch besteht in weiten Kreisen Übereinstimmung, nämlich darüber, daß es erforderlich sei, zu einer Regelung zu gelangen, die etwas Dauerhaftes darstelle. Hier könne es nur ein Ziel geben: Rechts-Gewißheit auf dem Boden eines der Billigkeit entsprechenden endgültigen Ausgleichs. Es handle sich nunmehr darum, den Schlüsselstein unter die Währungsstabilisierung zu ziehen. Damit sei die Gesetzgebung vor eine große und verantwortungsvolle Aufgabe gestellt. Daß diese Aufgabe nicht leicht sei, ist jedem klar. Die ganze Zukunft des deutschen Volkes ab-

Neues vom Tage

Die Militärkontrolle in den Fabriken

Köln, 6. Febr. Das Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Bücher, sagte in einer Unterredung mit dem Berliner Berichtskorrespondenten der „Köln. Ztg.“: In den sechs Jahren sind mehr als 7000 Betriebe der früheren Kriegsindustrie zum Teil mehrfach von den Kontrollausschüssen beschäftigt worden. Sämtliche Zerstörungs- und Umstellungsanordnungen der Kontrollausschüsse sind durchgeführt worden und die größten wirtschaftlichen Schäden werden stillschweigend getragen. Nur in etwa 7 Fällen haben sich Firmen geweigert, offensichtlich unberechtigte Forderungen auf Zerstörung von Anlagen zur Herstellung von Friedensgerät auszuführen. Daraus sieht man, daß unsere frühere Kriegsindustrie nicht mehr vorhanden ist oder sich voll umgestellt hat. Auf die Frage des Berichtskorrespondenten, ob die in der Note der Vertragsmächte geforderten gegenseitigen Maßnahmen auch die Industrie betreffen, betonte Geheimrat Bücher, daß die Herstellung und Ausfuhr von Kriegsgerät durch gegenseitige Maßnahmen bereits weitestgehend beschränkt sei. Das Gesetz vom 28. Juni 1921 verbiete nicht nur die Anfertigung und Ausfuhr von Kriegsgerät, sondern erstreckte sich auch auf Gegenstände, die damit kaum in Verbindung zu bringen sind. Die letzte Forderung der Wirtschaftskonferenz auf Verschärfung des Gesetzes könne nur als ein Versuch zur widerrechtlichen Beschränkung der deutschen Erzeugung und Ausfuhr angesehen werden. Die deutsche Industrie habe den Friedensvertrag vollständig erfüllt und müsse gegen derartige Versuche geschützt werden. Aber auch die Gegenseite sollte endlich die ihr aus diesem Vertrag zufallenden Leistungen bald und ohne Rückhalt erfüllen.

Zur Regierungsbildung in Preußen

Berlin, 6. Febr. Im preussischen Landtag fanden auch am Freitag vor der Plenarsitzung wieder Fraktionsführungen statt. In der Sitzung der Deutschnationalen wurde bei Besprechung der politischen Lage zum Ausdruck gebracht, daß man besonders draußen im Lande immer mehr der Ansicht sei, daß nur Neuwahlen eine Lösung der Schwierigkeiten einer Kabinettsbildung bringen könnten.

Die Barmarkredite der Reichspost

Berlin, 6. Febr. Der Verwaltungsrat der deutschen Reichspost nahm in einer Sitzung den Bericht des von ihm eingesetzten Untersuchungsausschusses über die Barmarkredite entgegen. Das Ergebnis war die Feststellung, daß im Zusammenhang mit den vom Reichspostministerium dem Barmarkkonzern gewährten Krediten gegen andere Beamte des Reichspostministeriums irgendwelche Vorwürfe nicht zu erheben sind.

Abgefragter Reichstagsabgeordneter

Berlin, 6. Febr. Der Prüfungsausschuss der Sozialdemokratischen Partei, der sich aus Vertretern der Reichstags- und Landtagsfraktion zusammensetzt, hat sich mit der Affäre Bauer-Barmark befaßt und ist einmütig zu der Entscheidung gekommen, daß der frühere Reichskanzler Bauer kein Reichstagsmandat niederzulegen habe. Wie wir hören, soll Bauer sich dazu bereit erklärt haben.

Die gescheiterte Opiumkonferenz

Genf, 6. Febr. Nachdem es dem fünfgliedrigen Untersuchungsausschuss des vereinigten Sechzehnerausschusses bei der Opiumkonferenz nicht gelungen ist, eine Einigung zwischen dem amerikanischen und dem englisch-französisch-holländischen Standpunkte in der Frage des Beginns des Rechtes der Unterdrückung des Rauchopiums zu erzielen, können die Verhandlungen hierüber als gescheitert gelten.

Türken und Griechen

Konstantinopel, 6. Febr. Die türkische Antwort, die dem griechischen Geschäftsträger in Konstantinopel übergeben wurde, lehnt es ab, den türkisch-griechischen Streitfall irgendwie dem Haager Schiedsgericht vorzulegen.

Deutscher Reichstag

Berlin, 6. Febr.

In der Sitzung am Freitag wurde die Einzelberatung des Etats des Reichsfinanzministeriums vorgenommen. Bei der Besprechung der sozialen Fürsorge forderte Abg. Karsten (Soz.) eine Erhöhung der Invalidenrenten. Abg. Dr. Molkenbreuth (Soz.) eine gründliche Reform der Organisation des Sozialversicherungswesens. Abg. Frau Ehrensdorff (K.) verlangt eine Verleumdung der Invalidenrente auf 56 Mark.

Abg. Andre (Ztr.) betont, die Zentrumsfraktion wolle auch unter der neuen Regierung mit allem Nachdruck an einem weiteren Ausbau der Sozialpolitik arbeiten.

Abg. Ziegler (Dem.) bezeichnet es als das Ziel einer Reform der Sozialversicherung, möglichst hohe Leistungen mit möglichst geringen Beiträgen zu erreichen.

Abg. Behrens (Dnl.) weist besonders auf die schweren Gefahren der Tuberkulose hin. Bei der Aufwertung dürfe man nicht an den Trägern der Sozialversicherung vorbeigehen.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) begründet den Antrag seiner Partei, der das Angestelltenversicherungsgebot dahin abändern will, daß bei solchen Versicherten, die ihre Wartzeit abgekauft haben, der als Prämienersatz eingezahlte Kapitalbetrag bei der Rentensatzfestlegung angemessen berücksichtigt wird.

Das Kapitel Sozialversicherung beim Haushaltsplan des Reichsarbeitsministeriums wird sodann in der Ausschussfassung angenommen.

Abg. Frau Schröder (Soz.) begründet sodann einen sozialdemokratischen Antrag, der eine gesetzliche Erhöhung der Mündelsätze der Wochenhilfe und Familienwochenhilfe um 50 Prozent fordert.

Ministerialdirektor Grieser vom Reichsarbeitsministerium erklärt, daß das Washingtoner Übereinkommen, das sich mit dem Schutze der Wöchnerinnen befaßt, dem Reichstage demnächst vorgelegt werden würde. Die Übernahme der Fürsorgepflicht auf das Reich werde sich vorläufig nicht ermöglichen lassen.

Abg. Frau von Sperber (Dnl.) tritt ebenfalls für einen besseren Schutz der Wöchnerinnen insbesondere vor und nach der Niederkunft ein.

Abg. Frau Lüders (Dem.): Die Bestimmungen über die Wochenhilfe müßte in das Fürsorgepflichtgesetz hinein.

Abg. Frau Ahrendsee (Komm.) tritt dafür ein, daß das Reich die gesamten Pflichten und Kosten der Wochenhilfe auf sich nehme.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 5. Febr. Der Landtag begann am Donnerstag nachmittag mit der Beratung des Kultetats und nahm eine Entschließung des Abg. Dr. Egelhaaf (D.R.) an, wonach die Stellen im Kultministerium und bei den Oberschulbehörden künftig grundsätzlich mit Angehörigen des Lehrstandes besetzt, Juristen und Verwaltungsmänner aber nur insoweit angestellt werden sollen, als dies für das sachliche Bedürfnis unbedingt erforderlich ist. Länger umstritten war der Erlaß des Kultministers, der den Beamten den unmittelbaren Verkehr in Dienstangelegenheiten mit Abgeordneten verbietet. Der Abg. Heymann (Soz.) legte einen Antrag auf Prüfung der Frage, ob dieser Erlaß vereinbar ist mit den Bestimmungen der Verfassung des Beamtengesetzes. Kultminister Bazille gab Aufschluß über den Anlaß zu der Verfügung. Der Präsident einer Oberschulbehörde hatte sich in Sachen der Beförderung eines Beamten unter Umgehung des Ministers direkt mit dem Berichterstatter des Landtags zum Etat der Kultverwaltung, dem Abg. Pöschinger, ins Benehmen gesetzt. Der Abg. Bod (Ztr.) erklärte sich gegen den Antrag und der Abg. Dr. v. Hieber gab die Inkorrektheit des betreffenden Beamten zu, wies aber die Frage auf, ob nicht auch andere Ministerien Anlaß hätten, einen solchen Erlaß herauszugeben. Die Abstimmung über den Antrag Heymann wurde zurückgestellt. Beim Kap. 43 (Universitäts) gab es dann noch eine Aussprache über einen von dem Abg. Dr. Bauer (Ztr.) begründeten Antrag auf Schaffung einer ordentlichen katholischen Philosophieprofessur und auf Erhebung der bestehenden außerordentlichen Professur für Geschichte zu einer ordentlichen. Abg. Heymann (Soz.) erläuterte seinen Antrag auf Ermäßigung der Studiengebühren an den Hochschulen des Landes. Auch den Kindern der Minderbemittelten müsse der Hochschulbesuch möglich gemacht werden. Der Redner sprach sich gegen den Zentrumsantrag aus.

Im Landtag wurde am Freitag vormittag die Beratung des Kultetats beim Kapitel Universität fortgesetzt. Dabei wurde mehrfach dem Redner darüber Ausdruck gegeben, daß Professor Dr. Baur sowohl im Hause als Abgeordneter auch in der Universität verloren geht. Besonders erörtert wurde dann auch noch die Frage der Wiedererrichtung einer tierärztlichen Hochschule in Tübingen. Nach Mitteilungen vom Regierungssitz rechnet man mit einem nicht zu großen Aufwand und mit 15-20 Studierenden im Semester. Eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse für Tübingen wurde gleichfalls gewünscht. Bei den dann folgenden Abstimmungen wurde der lat. Antrag, den Erlaß des Kultministers betr. Verbot des Verkehrs der Behörden mit Abgeordneten aufzuheben mit 28 Stimmen gegen 25 Stimmen der Dem., Soz. und Komm. bei 3 Enthaltungen (völl.) abgelehnt. Zugestimmt wurde der Errichtung einer ordentlichen Philosophieprofessur an der kath.-theol. Fakultät, ferner der Frage der Errichtung einer tierärztlichen Hochschule in Tübingen, abgelehnt jedoch ein lat. Antrag auf allgemeine Herabsetzung der Studiengebühren an den Hochschulen. Nachdem man dann noch nachträglich etliche Bestimmungen zum Etat des Arbeits- und Ernährungsministeriums vorgenommen hatte, beriet man die Kapitel landwirtschaftlicher Hochschulen und landwirtschaftlicher Fachschulen. Mehrfach wurde der Politisierung der Winterhöfen entgegengetreten. Der Abg. Hornung vom Bauernbund hielt eine seiner kernigen und urwüchsigen Reden. Ein Antrag der Frau Abg. Reiß (Ztr.), Kurse, die von gemeinnützigen Vereinen zur hauswirtschaftlichen Ausbildung veranstaltet werden, durch staatliche Beiträge zu unterstützen, fiel unter den Tisch.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 7. Februar 1925.

* **Übertragen** wurde eine Studienreise an der Mädchenrealschule in Heidenheim dem Studienrat Dr. Fischer an der Realschule in Dornstetten. — Übertragen wurde ferner eine Lehrstelle an der evangelischen Volksschule in Althausen dem Hauptlehrer Wilhelm Alexander in Böblingen.

* **Kein Vortrag.** Der auf morgen, Sonntag Abend, angekündigte Vortrag im Gemeindehaus muß leider wegen Erkrankung des Herrn Dekan Otto ausfallen.

* **Geselliger Abend im Schwarzwaldverein.** Der hiesige Schwarzwaldbezirksverein veranstaltet am morgigen Sonntag Abend in der Traube für seine Mitglieder einen geselligen Abend, auf den auch an dieser Stelle hingewiesen sei. Es ist die einzige Mitgliederveranstaltung im Winterhalbjahr, die dazu dienen soll, die Mitglieder auch einmal im Winter zusammenzuführen und zwar mit ihren Familien. Die Vorbereitungen versprechen einen recht gemächlichen Abend und es dürfte sich empfehlen, auch die Lieberhölzer mitzubringen.

* **Gebäudebrandversicherung.** Es herrscht vielfach bei den Gebäudebesitzern die irrige Meinung, die Teuerungssicherungen aus dem Jahr 1923 würden noch bestehen. Das ist nicht der Fall. Mit Wirkung vom 1. Jan. 1924 wurden alle Teuerungssicherungen aufgehoben und nur ganz wenige Gebäudebesitzer haben daraufhin von der Möglichkeit einer neuen Teuerungssicherung in Goldmark Gebrauch gemacht. Seit 1. Jan. 1925 wird den Gebäudebesitzern im Schadensfall zu der nach den Preisen von 1914 berechneten Entschädigungssumme ein Zuschlag bis zu 20 Proz. gewährt. Außerdem kann noch eine Teuerungssicherung bis zu 80 Proz. des Versicherungsanschlages eingegangen werden. Da zur Zeit die Baupreise bei uns etwa 70 Proz. höher sind als im Jahr 1914, empfiehlt es sich, eine Teuerungssicherung von mindestens 50 Proz. einzugehen. Es kann den Gebäudebesitzern hiezu nicht dringend genug geraten werden. Der Antrag ist auf dem Rathaus zu stellen. An Umlage ist zu bezahlen für 1000 Mk. Versicherungssumme: bei Gebäuden der Klasse III 50 Pfg., der Klasse IV 1.25 Mk., der Klasse V 1.50 Mk., der Klasse VI 2.50 Mk. K-e

— **Steuerzuschläge herabgesetzt.** Die Zuschläge für nicht des Reichsfinanzministers mit Wirkung ab 15. Januar von gestundete Steuerrückstände sind infolge einer Verordnung 30 Prozent auf 24 Prozent herabgesetzt worden. Wenn die rückständige Steuer 10 Mk. oder weniger beträgt, wird überhaupt kein Zuschlag erhoben. Erstreckt sich der Verzugszuschlag auf einen halben Monat, der teilweise vor, teilweise nach dem 15. Januar liegt, so ist für diesen halben Monat nur der ermäßigte Zuschlag von 24 Prozent zu zahlen.

* **Pfalzgrafenweiler, 7. Febr.** (Schadenfeuer.) Letzte Nacht 3 Uhr gab es hier plötzlich Feuerlärm und schon sah man ein mächtiges Feuer, das im Dampfzägewerk der Firma Hezer u. Frey ausgebrochen war. Nachdem hochstehenden Sägewerk war mit dem Wasser nicht heizukommen, bis die Motorspritze von Freudenstadt erschien, die zur Rettung des in Gefahr schwebenden Kontorhauses und des prächtigen Wohnhauses wertvolle Dienste leistete, so daß letztere gerettet werden konnten, wogegen das städtische Dampfzägewerk total niedergebrannt ist. Brandstiftung wird vermutet.

* **Vom Schwarzenbachwerk, 5. Febr.** (Sprengungslad.) Im großen Steinbruch wollten Arbeiter eine nicht zur Explosion gelangte Sprengladung ausbohren. Dabei ging der Schuß plötzlich los. Die Ladung traf vier Arbeiter ins Gesicht. Sie erlitten so schwere Verletzungen, daß sie in das Krankenhaus nach Rorbach verbracht werden mußten.

* **Wittbad, 5. Febr.** Zum Kurvereinssekretär an Stelle des von hier ziehenden Herrn Eugen Brachhold wurde gestern Herr Paul Beamer Maier, Sohn des Herrn Oberrechnungsrats Maier hier, bestimmt.

Stuttgart, 6. Febr. (Städtischer Beitrag zum Landestheater.) Der Gemeinderat nahm zur Frage des städt. Beitrags zum Landestheater Stellung. Angenommen wurde ein Antrag des Stadtschultheißenamts: 1. Für die Zeit vom 1. April 1925/30 sich bereit zu erklären, den der Stadtgemeinde vorgelegten Vertrag über eine 40prozentige Beteiligung (ohne Höchstbegrenzung des städt. Beitrags) abzuschließen, falls für die Zeit vom 1. April 1924 bis 31. März 1930 gleichzeitig ein Vertrag über eine staatliche und städtische Unterstützung der württ. Hochschule für Musik auf der Grundlage einer 40prozentigen Beteiligung der Stadt Stuttgart abgeschlossen werde; 2. für das Rechnungsjahr 1924 33 1/3 Prozent zu übernehmen; 3. den Beitrag zur württ. Volksbühne für 1924/25 durch die bezahlten 20 000 Mark als abgegolten zu erklären. Außerdem wurde ein Antrag der Parteien angenommen, worin die Stellungnahme der Regierung und des Landtags gegen die Stadt, die unter Androhung der gesetzlichen Regelung gezwungen werden soll, für das Landestheater einen übermäßig hohen Beitrag (50 Prozent des Abmangels) zu leisten, bedauert wird. Der Gemeinderat erklärt darin einen unerhörten Eingriff in die Selbstverwaltung und legt schärfste Warnung ein.

* **Mittelstandskredite für die württ. Landwirtschaft.** Der Verband Landwirtschaftlicher Genossenschaften in Württemberg veröffentlicht in seinem Genossenschaftsblatt eine Bekanntmachung, derzufolge der württ. Landwirtschaft 50prozentige Kredite zur Anschaffung von Düngemitteln, Saatgut, Futtermitteln, Wirtschaftskrediten mit dreimonatlichem Ziel für das laufende Verlaufs-

bis zum Herbst als wahrscheinlich gelten wird, in Aussicht gestellt werden. Die Vermittlung der Kredite würde durch die Landw. Genossenschaftszentralstelle geschehen. Die Kredite kommen für alle württ. Landwirte, d. h. für Genossenschaftsmitglieder sowohl als auch für Nichtmitglieder in Betracht.

* **Heilbronn, 5. Febr.** (Verworfene Verurteilung.) In der Strafsache gegen den Rechtsanwalt Julius Hedelmann wegen Verleumdung des Offizierskorps hat das Oberlandesgericht Stuttgart die Verurteilung des Angeklagten kostenpflichtig zurückgewiesen, so daß es bei der von der Strafkammer des Landgerichts Heilbronn ausgesprochenen Geldstrafe von 2000 Mark und bei der Auferlegung der Kosten in allen drei Instanzen sein Bewenden hat.

* **Neckarjule, 5. Febr.** (Der Kopf vom Le. gerissen.) Der Monteur Maus von Oberschöffen verunglückte tödlich, als er zur Aufstellung eines Leitungsmastes dort den seltsamen Boden sprengen wollte. Um Nachschau zu halten, warum die zwei Sprengpatronen nicht losgingen, näherte er sich der Schußstelle. Der Schuß ging los und zerriß ihm Kopf und Leib.

* **Ulm, 6. Febr.** (Häufung der Ehescheidungsfälle.) Dieser Tage standen auf der Tagesordnung der ersten Zivilkammer des Landgerichts fünf Ehescheidungsfälle; am letzten Mittwoch wies die Tagesordnung der zweiten Zivilkammer sogar acht Fälle von Ehescheidungen auf.

* **Urach, 5. Febr.** (Vorfall bei Verletzungen.) In Hülben wollte eine Frau zu einer Hochzeit mit dem Fuhrwerk fahren. Unterwegs fiel der Wagen um, wobei die Frau an der Nase unbedeutend verletzt wurde. Sie schenkte daher der Verletzung keine weitere Beachtung. Doch scheint in die unbedeutende Wunde Schmutz gekommen zu sein, denn nach einigen Tagen zeigten sich schon die ersten Anzeichen des Starrkrampfes. Die Frau liegt hoffnungslos darnieder.

* **Hohenheim, 6. Febr.** (Ehrendoktoren.) Der Senat der Landwirtschaftlichen Hochschule hat einstimmig beschlossen, die Würde des Ehrendoktors der Landwirtschaftlichen Hochschule an folgende Persönlichkeiten zu verleihen: Landoberstaatsminister a. D. v. Benck in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die württ. Pferdezucht, an Landesökonomierat Wapner-Heilbronn sowie an den Direktor der württ. Landwirtschaftskammer Ströbel wegen ihrer hervorragenden Verdienste um die württ. Landwirtschaft, ferner an den Direktor der Bad. Landwirtschaftskammer Dr. Müller-Karlsruhe in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die badiische Landwirtschaft und den deutschen Weinbau.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

* **Bahnforderungen der Eisenbahner.** Nachdem die Reichseisenbahngewerkschaften den Tarifvertrag gekündigt haben, finden am Dienstag den 10. Februar zwischen den Gewerkschaften und der Reichsbahn Verhandlungen statt, in denen die Gewerkschaften ihre Wünsche vorbringen werden. Die Reichsbahn ist der Überzeugung, daß weitere Lohnforderungen nur gewährt werden können, wenn die Personaltarife um 10 v. H. erhöht werden.

* **Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei** wählte durch Juras einstimmig den alten Vorstand wieder und erweiterte denselben durch Zuwahl von vier Mitgliedern. Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzender Dr. Scholz, stellv. Vorsitzender Dr. Curtius.

* **Zum Barmatfandale.** Der Vorsitzende des von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingeleiteten Prüfungsausschusses teilt dem „Vorwärts“ mit, daß sofort nach Bekanntgabe des Briefes der „Amexima“ an den ehemaligen Reichstagsabgeordneten Bauer vom 27. Sept. 1923 Mitglieder des Untersuchungsausschusses den Abgeordneten Bauer ersucht haben, bis zur Prüfung der Angelegenheit sein Reichstagsmandat nicht auszuüben. Bauer stimmte dem zu.

* **Falsche Enthüllungen über Barmat.** Die „Berliner Börsenzeitung“ hat mit allerlei sensationellen Enthüllungen zur Affäre Barmat aufgemauert. U. a. wurde dort erzählt, daß die Tochter des Abgeordneten Heilmann auf Kosten Barmats in der Schweiz zur Kur geweiht habe. Andere Angaben in diesem Sensationsartikel, die sich auf angeblich auf die von Barmat versandten Liebesgabenpakete an den Reichspräsidenten und andere hohe Reichsbeamte bezogen, wurden halbamtlich dementiert. Auch ein neuerdings durch den „Vollanzeiger“ veröffentlichter Brief, der, wie das Datum befand, am 27. September 1923 von dem Barmatschen Amexima-Konzern an den Reichstagsabgeordneten Bauer gesandt sein soll und diesem vorrechnete, wieviel tausend Millionen Mark und wieviel Hunderte von holländischen Gulden er von Herrn Barmat bekommen hätte, während er durch seine authentischen Informationen aus höchsten Kreisen in Wahrheit der Firma Barmat solchen Schaden zugefügt habe, trägt den Stempel der Unwahrscheinlichkeit an der Stirne.

* **Ein deutscher Maler gestorben.** In Düsseldorf starb der Künstlermalers Dr. Eduard von Gebhard nach nur einwöchiger Krankenlager im Alter von 84 Jahren. Er wurde am 13. Juni 1838 zu St. Johannes in Eßland geboren. Bereits mit 16 Jahren studierte er auf der Akademie in Petersburg, wo er drei Jahre blieb und darauf zwei Jahre teils auf Reisen, teils auf der Karlsruher Kunstschule verbrachte. Im Jahre 1860 ging er nach Düsseldorf, wo er als Schüler Wilhelm Schönschens dessen besonderer Förderung erfreuen durfte, was ihn bewegte, in der rheinischen Kunststadt zu bleiben, wo er später als Professor an der Akademie tätig war. Durch Herkommen und Erziehung war sein künstlerisches Ziel von jeher die religiöse Malerei. Seine Werke lassen sich in zwei Gruppen, in religiöse Gemälde und Darstellungen aus der Reformationszeit einteilen. Lange war Gebhardt, dessen Streben es war, seinen biblischen Szenen neben realistischer Darstellung einen nationalen Inhalt zu geben, hart umstritten; seine Werke sollen predigen, so die deutsche Meisterschule.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick

Unsichere Effektenbörsen. — Erleichterung am Geldmarkt. — Lebhaftere Bautätigkeit

Die Effektenbörsen hatten nicht die ganze Woche hindurch die zuversichtliche und feste Haltung, welche sie am Wochenende zeigten, obwohl das Geschäft sich, abgesehen von Spezialitäten, auch da in Grenzen hielt. Das Ausland und das kleinere Publikum sieht eben ganz. Die Spekulation verhält sich auf den meisten Gebieten zurückhaltend, obwohl das Börsengeld schließlich wieder wesentlich leichter zu haben war. Die Woche schließt in unsicherer Haltung.

Am Devisenmarkt hatte das Geschäft keine sonderlichen Bewegungen aufzuweisen. Die europäischen Devisen lagen gegenüber dem Dollar mit Ausnahme von Prag, das seine Abwärtsbewegung weiterhin fortsetzte, kaum verändert. Die Mark notierte in London meist 20,10, in Amsterdam 0,907 1/2 bis 0,909, in Zürich 1,2335. Die Anforderungen an Devisen hielten sich auf der Höhe der Vormoche. Der offene Markt gab vielfach nur kleine Beträge ab.

Am Geldmarkt scheint die Krise überwunden zu sein. Die Sätze waren am Schluß der Woche eine Kleinigkeit niedriger, auch war die Nachfrage nicht mehr so stark. Tagesgeld betrug 10—12 Prozent, ebenso Monatsgeld; Privatdiskonten waren mit 8 Prozent gesucht.

An den Produktenbörsen herrschte fast die ganze Woche durch eine laue Stimmung bei geringer Lust zu Aufnahmen. Gegen den Schluß der Woche wurde die Haltung aber wieder befestigt, trotz der Unsicherheit über die vorläufigen Maßnahmen der Reichsgetreidestelle und die Entwicklung der amerikanischen Preislage. Das Auftreten der Reichsgetreidestelle ist vielfach verschleiert, so daß deren Angaben den Markt relativ doch wenig beeinflussen. In Amerika ist die Tendenz nach der eingetretenen Baize noch nicht entschieden, doch wird durch den weiterhin großen europäischen Getreidebedarf mit steigenden Preisen gerechnet, was dadurch verstärkt wird, daß im Augenblick die früheren Ausfuhrländer, wie Rußland und Rumänien, nicht mehr in Betracht kommen. Die deutschen Mühlen haben die Mehlpreise nicht geändert. Die Lage des Getreides- und Mehlmarktes bleibt jedoch auch weiterhin recht unübersichtlich, da die Auslandsmärkte jederzeit Ueberrassungen nach der Haufse- oder Baifseite bringen können.

Am Metallmarkt ist zweifellos ein starker und unvermittelter Preisfall eingetreten, welcher fast alle Gebiete des selben umfaßt. Diesen Rückschlag, welcher auf manchen anderen Rohstoffmärkten Parallelercheinungen zeigt, fehlen eigentlich die zureichenden Gründe, da noch im Januar die Berichte über die Beschäftigung der Industrie und deren Verbrauch an Metallen anhaltend gut, in Amerika sogar sehr gut, lauteten. Es scheint aber doch, daß die Industrie sich bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit eingedeckt hat, welcher besonders in Deutschland angesichts der Kapitalarmut der kleineren Werke enge Grenzen gesetzt sind. Für Gold kommt noch besonders in Betracht, daß der Weltgoldpreis Ende Januar der tiefste seit dem Kriege war. Gold notierte 2,80, Platin 14,75 pro Gramm, Silber 44 pro Ag.

Am Baumarkt setzte sich infolge der überaus günstigen Wetterlage des Winters die Bautätigkeit in reger Weise fort. Die Baustoffpreise zeigen aber immer noch ein Steigen. Der Bauindex steht bereits auf über zwei Drittel über den Friedenspreisen. Die Bauvorhaben des Reiches, der Einzelstaaten, der Gemeinden und größeren Gesellschaften, wie sie jetzt bekannt geworden sind, heigern die Hoffnungen auf eine gute Konjunktur im Frühjahr.

Auf dem Holzmarkt sind die auf den amtlichen und privaten Holzverkäufen erzielten Preise andauernd sehr hoch und stehen in gar keinem Verhältnis zu den augenblicklich erzielten Schnittholzpreisen. Besonders gefragt sind Kadelrundholz und gute Eichenware.

Die allgemeine Wirtschaftslage Deutschlands machte nach den seit vorliegenden Berichten der Handelskammern im Monat Januar weiterhin langsame Fortschritte. Die Eisenindustrie verbesserte ihre Lage und der Absatz der Kohlen war befriedigend. Bemerkenswert ist, daß sich die Aufwärtsbewegung in den Großhandelspreisen nur gegen Monatschluß verlangsamt. Schlimm sind allerdings die Auswirkungen der Handelsblockade Deutschlands für das Jahr 1924, welche mit 2,7 Milliarden Mark passiv blieb. Die Ausfuhr ist nahezu auf die Hälfte der Vorkriegszeit gesunken, wogegen die Einfuhr von 11 auf 7 Milliarden Mark zurückging. Dabei kommt belastend die Steigerung in den Fertiglager in Höhe von 20 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit in Frage.

Die Lage der Reichsfinanzen ist günstig. Das Etatsjahr 1924 schließt erstmals ohne Defizit ab und kann noch einen kleinen Ueberschuß buchen. Die Schulden aus der Inflationszeit sind endgültig gedeckt. Auch das Defizit des deutschen Außenhandels 1924 mit 2,7 Millionen ist ohne Beeinträchtigung der Währung in der Dedung inbegriffen. Der Goldbestand der Reichsbank zeigt eine ständig ansteigende Kurve. Während der Goldbestand Ende 1923 450 Millionen Mark betrug, ist er heute auf über 800 Millionen gestiegen. Auch ihren Devisenbesitz hat die Reichsbank beträchtlich vermehrt. Erfreulich ist die langsame Zunahme der Ausleihungen auf Goldmarkbasis und entsprechende Abnahme auf der Sachwertgrundlage.

Handel und Verkehr

London 1 Pfund Sterling	20,000	20,140	20,072	20,123
New York 1 Dollar	4,193	4,293	unverändert	
Amsterd. 100 Gulden	160,04	160,40	159,90	159,41
Brüssel 100 Franken	21,69	21,75	21,66	21,64
Frankfurt 100 Mark	64,19	64,35	64,15	64,31
Paris 100 Franc	17,47	17,51	17,42	17,40
Wien 100 Kronen	74,96	75,14	74,91	75,09
Berlin 100 Mark	22,73	22,79	22,60	22,60
Warsz. 100 Zloty	12,38	12,42	12,37	12,41
Prag 100 Kronen	80,96	81,16	80,94	81,14
Schwed. 100 Kronen	69,97	69,13	69,91	69,97
Dän. 100 Kronen	5,906	5,925	5,907	5,927

Börse

Berliner Börse, 6. Febr. Infolge der Nichtannahme, die überall über die unerwarteten Vorgänge im Zusammenhang mit der Währungsreform herrscht, will an der Börse keine rechte Unternehmungslust aufkommen. Da überdies neue Käuferkategorien fehlen, nahm die Spekulation auf allen Gebieten Realisationen vor, wodurch eine Senkung des Kursniveaus um 1 bis 2 Prozent, teilweise für gewisse bevorzugte Papiere, eintrat. Während die Geschäftstätigkeit somit auf den Aktienmärkten bei schwachem Kursen sehr ruhig war, lagen doch heimische Anleihen der Reichsbank im allgemeinen ziemlich fest. Am Geldmarkt sind die Verhältnisse unverändert geblieben.

Hamburg, 6. Febr. Unter der Aufsicht, die heute umso empfindlicher zum Ausdruck kam, als es an Anträgen schäblich mangelte, litt nur der Aktienmarkt, wo durch harte Abgaben die Kurse weiter rückgängig waren. Verstimmt wirkte auch die neue Ausweisung des Geldmarktes, die heute zum Ausdruck kam.

Stuttgar, 6. Febr. (Börse.) Heute gab es an der Börse erneut einen Rückschlag und die Kurse bröckelten in der Mehrzahl leicht ab. Die Umsätze waren sehr mäßig.

Märkte

Heilbronn, 5. Febr. (Werkmarkt.) Die Vorbereitungen für den am 22. und 24. Februar stattfindenden Heilbronner Werkmarkt, verbunden mit einer Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen, Wagen usw., sind in vollem Gange. Es liegen schon für einige hundert Pferde die Meldungen vor. Als neue Auszeichnung der Veranstaltung darf aber der Festzug am Sonntag werden, zu dem bisher zwölf Festzüge, zum Teil von gemischten Unternehmen, dann auch von landwirtschaftlichen Organisationen gemeldet sind.

Ulm, 6. Febr. (Landwirtschaft.) Am 11. März wird hier die alljährliche Landesausstellung mit einer Prämierung in den Kabin. Ausstellungsgebäude auf der Wälmühle abgehalten. Am zweiten Tag findet eine Zusatzveranstaltung statt.

Wienmärkte. Der Markt für Vieh und Schlachtvieh in Wien ist in mäßigen Grenzen der Verkauf eines antizipiert sehr langsam. Im ganzen waren 84 Stück Vieh zugeführt. Verkauf: wiesener zwei Stiere um 440 und 470 K., zwei Kühe um 250 und 260 K. und 14 Stiere um 140—240 K. pro Stück. — Der Markt in Linz war 11 Stiere, 8 Kühe, 20 Kalber und 25 Stück Jungvieh zugeführt. Preise bei Linz: 450—500, bei Kalben 250—300, bei Stieren 450—500, bei Jungvieh 100—250 K. pro Stück. — In Regensburg waren im ganzen 280 Stück Vieh zugeführt. Preise für Stiere 250—300 K., Kühe 300—350, Kalben 250—300 K. Handel: mäßig.

Schweinepreise. In Biberach kosteten Vögel 1075, Wildschwein 25—26 K., in Ultingen Biber 25—26, Vögel 40—60, Wildschwein 200—270 K., in Gemmingen Biber 27—28, in Regensburg Wildschwein 25—26, Vögel 70—120 K., in Bad. Städt.

Landwirtschaftliche Produkte

Berliner Produktenbörse vom 6. Febr. Weizen, märk. 248—250; Roggen, märk. 247—250; Sommergerste 230—235; Wintergerste 210 bis 220; Hafer, märk. 185—192; Mais, loco Berlin 225—230 je 1000 Kilogramm, Weizenmehl (feinste Marken) über Notiz bezahlt 25—27; Sojabohnen 24,25—27; Weizenkleie 16,20—16,30; Roggenkleie 16,20 bis 16,30; Raps 235—240; Erbsen 450—455. Tendenz: matter.

Salz

Salzwasser. In Glimmingen wurden aus Almanden in nächster Nähe der Stadt erdöl: für Garmisch (Korn und Eisen) 14,50, Jüden 16, Vögel 17 K., Vögel 9, Jüden 14 K. je Km. gemahlte Erbsen und Vögel. Das Salz 200 Prozent der Tage, um welchen Preis auch das angedachte Mehl verkauft wurde. — In Garmisch kostete 1 Km. bühnen Erbsen bis 28 K., bühnen Erbsen bis 20 K., 1 Meter Nadelholzröhren bis 18 K.

Letzte Nachrichten.

Sein Mandat niedergelegt.

WTB. Berlin, 6. Febr. Der soz. Reichstagsabg. Bauer, Reichsanwalt a. D., der im Vornamtsandal kompromittiert wurde, hat sich gezwungen gesehen, sein Mandat niederzulegen.

WTB. Berlin, 7. Febr. Als Nachfolger des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Bauer, der, wie gemeldet, sein Mandat niedergelegt hat, kommt der sozialdemokratische Bezirksparlamentarier Gustav Fiedl-Magdeburg in Betracht. Da Fiedl jedoch ein Landtagsmandat inne hat, wird er sich entscheiden müssen, ob er das Reichstagsmandat annehmen, oder das Landtagsmandat behalten will. Im ersteren Fall würde Fiedl-Magdeburg in den Landtag nachrücken.

Der englische Abbau im besetzten Gebiet.

WTB. Berlin, 7. Febr. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Köln, daß der Abbau der englischen Verwaltungsbehörden im besetzten Gebiet in der letzten Zeit rasche Fortschritte gemacht habe. Nachdem vor einigen Tagen der englische Zivilkommissar in Köln, Biggott, seinen Posten aufgegeben habe, werde nunmehr auch der Kreisdelegierte in Bergheim seinen Posten verlassen. Der Kreis werde von nun an von Köln aus verwaltet werden. In der britischen Besetzungzone sei außerhalb Kölns nur noch ein einziger Kreisdelegierter tätig und zwar in Solingen.

In den Bergen verunglückt.

WTB. Wien, 7. Febr. Wie die Blätter aus Innsbruck melden, gerieten am 3. 2. bei einer Skitour im Tannheimer Tal mehrere deutsche Touristen, darunter der Kaufmannsohn Joseph Böttner aus Aschaffenburg, sowie die Gattin des Regierungsbaurats Schall und des Eisenbahninspektors Gnann aus Ulm, in eine Lawine. Während die Frauen unverletzt blieben, stürzte Böttner 100 Meter in eine Tiefe und konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Freigegeben.

WTB. Berlin, 7. Febr. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Frankfurt a. M. ist die seit Jahren von der alliierten Besatzungsbehörde beschlagnahmte Fernsprechkleitung Frankfurt Rotterdam freigegeben worden und wird vom 8. 2. ab von dem Frankfurter Fernspreksamt wieder in Betrieb genommen werden.

Druck und Verlag der W. Kiehl'schen Buchdruckerei, Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.

MAGGI'S Würze

hilft in der Küche sparen.

Dünne Suppen und Fleischbrühe, Gemüse und Soßen erhalten sofort kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen Maggi's Würze.

Vorteilhaftester Bezug in großen Originalpackungen zu RM. 5.—



Altensteig.

Unbereinigtes

Haber- und Dinkelstroh

gibt ab. Wer? — sagt die Geschäftsstelle des St.

Stadtgemeinde Calw.

Der auf kommenden Mittwoch, den 11. Februar 1925

Pferde-, Vieh- und Schweinemarkt

ist wegen Ausbruch der Maul- und Klauenseuche im Bezirk

verboten.

Calw, den 6. Februar 1925.

Stadtschultheißenamt: G. H. n. e. r.

Landw. Bezirksverein Calw.

Auf Lager ist:

Superphosphat
Kalk, Düngerkalk
Kalkstickstoff
Kalksalz lose
Kainit lose
Futterkalk

Futtermehl
Leinmehl
Sesammehl
Klee- und Grassamen
Wicken und Erbsen
Hafer, Weizen

Die Geschäftsstelle.

Niedelberg Oberamt Calw.



Brennholz-Verkauf.

Am Samstag, den 14. Februar 1925, nachmittags 3 Uhr verkauft die Gemeinde im öffentlichen Aufsteich auf dem Rathaus hier

48 Rm. Prügel, 124 Rm. Anbruch, 2 Rm. Eichenholz, 1 Rm. brechen Anbruch

Der Gemeinderat.

Verkaufe etwa

100 Zentner gutes Heu und 80 Zentner Rohraben

Jakob Braun, Eßlingen.

Zum Weinablaß

empfehlen wir unser bestfortiertes Lager in erstklassigen

1923er und 1924er Spanier und Tiroler Versuchstweinen

zu sehr mäßigen Preisen

Berg & Schmid Nagold.

Evang. Kirchenbezirk Nagold.

Mit der am Sonntag, den 15. Februar d. J., vorzunehmenden Neuwahl des Kirchengemeinderats wird auf Anordnung des Kirchenpräsidenten

die Wahl eines Abgeordneten zum Landeskirchentag

verbunden. Der Kirchenbezirk Nagold hat für die nächsten 6 Jahre einen geistlichen Abgeordneten zu wählen. Wahlberechtigt sind alle über 25 Jahre alten, im wirklichen Genuße des Stimmrechts stehenden Kirchengemeindeglieder. Die Wahl wird durch Abgabe eines blauen Stimmzettels vollzogen.

Die Kirchengemeindeglieder werden zu reger Beteiligung an der Wahl aufgefordert.

Die Ortswahlkommissionen haben die Niederschrift über die Wahl umgehend hierher einzusenden.

Nagold, den 5. Februar 1925.

Der Vorsitzende des Bezirkswahl Ausschusses:
Stadtpfarrer Dr. Schairer.

Aufruf zur Wahl für den Landes-Kirchentag.

Am 15. Februar findet die Wahl zum Landeskirchentag statt. Unser Bezirk hat für die nächsten 6 Jahre einen geistlichen Abgeordneten zu wählen.

Für diese Wahl ist vorgeschlagen:

Herr Dekan Otto in Nagold

welcher in dankenswerter Weise diesen Vorschlag angenommen hat.

Herr Dekan war schon bisher Abgeordneter der Landeskirchenversammlung und hat als solcher an allen kirchlichen Besuchen und Fragen eifrig mitgearbeitet, es steht ihm somit auf diesem Gebiete eine reiche Erfahrung und große Sachkenntnis zur Verfügung.

In seiner Person haben wir für dieses wichtige und bedeutsame Amt den richtigen Mann gefunden, der im ganzen Bezirk bekannt und hoch geschätzt ist.

Es ergeht daher an alle Wähler des Bezirks der Aufruf, am 15. Februar ihre Stimmen Herrn Dekan Otto zu geben und sich an der Wahl recht zahlreich zu beteiligen.

Der Wahlausschuß.

Neuwahlen zum Kirchengemeinderat.

Durch Entschließung des Kirchenpräsidenten sind die Wahlen zum Landeskirchentag und zum Kirchengemeinderat festgesetzt auf

Sonntag, den 15. Februar 1925.

Bei der Wahl zum Kirchengemeinderat sind sämtliche Mitglieder desselben diesmal neu zu wählen und zwar auf die Dauer von sechs Jahren. Auch die Ortsvorsteher werden nur auf dem Weg der Wahl Mitglieder des Kirchengemeinderats. Die Kirchenpfleger und die Pfarrer gehören dem Kirchengemeinderat von Amts wegen, also ohne Wahl, an.

Wahlberechtigt sind die Kirchengemeindeglieder, die das 25. Lebensjahr am Tag der Wahl vollendet haben und bei denen keines der Hindernisse von § 16 der Ev. Kirchengemeindeordnung vom 16. Dez. 1924 vorliegt.

Wählbar in den Kirchengemeinderat sind die im Genuß des Wahlrechts stehenden Kirchengemeindeglieder. Die Wähler haben bei der Wahl ihr Augenmerk auf Gemeindeglieder von gutem Ruf und bewährtem kirchlichen Sinn zu richten (§ 17 Abs. 2 der Ev. K. G. O.).

Die gewählten Kirchengemeinderäte werden im Hauptgottesdienst in ihr Amt eingeführt. Dabei werden die wiederholt Gewählten auf die frühere Verpflichtung hingewiesen; die erstmals Gewählten haben vor der Gemeinde das Amtsgelübde abzulegen, indem sie auf die Frage des Vorsitzenden: „Geloben Sie vor Gott, des Ihnen befohlenen Dienstes mit Sorgfalt und Treue in Uebereinstimmung mit dem evangelischen Bekenntnis und gemäß den kirchlichen Ordnungen zu warten u. gewissenhaft darauf zu achten, daß alles ehrsüchtig und ordentlich in der Gemeinde zugehe zu deren Aufrechterhaltung?“ — Dem Vorsitzenden die Hand reichen mit den Worten: „Ich gelobe es.“ (§ 21 der Ev. K. G. O.)

Bei der erhöhten Bedeutung, welche die Kirchengemeinderäte durch die neue Ordnung bekommen haben, werden die Kirchengemeindeglieder zu zahlreicher Beteiligung an der Wahl eingeladen.

Nagold, den 5. Februar 1925.

Evang. Dekanatamt:
Otto.

C. Frik, Altensteig

Empfehle mein gutsortiertes Lager in:

Kleider- u. Blusenstoffen
Hemdenflanellen
Bettzeugen, Betttücher
Schürzenstoffen
Strickgarnen u. s. w.

Gute Qualitäten — billigste gestellte Preise.

Rabattsätze vertragen meine Preise nicht!
Auf Täuschung berechnete Lokartikell führe ich nicht
Prüfen Sie u. diesen Gesichtspunkten m. Angebot o.

EMILIE JETTER
ALBERT FRIK

VERLOBTE

EHNINGEN
ALTENSTEIG

BOBLINGEN
ALTENSTEIG

FEBRUAR 1925.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag Septuagesimä,
8. Febr. vorm. 10 Uhr
Predigt über Joh. 8, 12-16
Das Licht der Welt.
Lied 415, 387.

Nachh. Kindergottesdienst.
Nachm. 1/2 Uhr Christen-
lehre mit den Töchtern.
Abends 1/8 Uhr Ge-
meinschaftsstunde. Der
angekündigte Vortrag von
H. Dekan Otto fällt aus.

Am Mittwoch abend 8 Uhr
Bibelstunde im Lutherkaal.
Anschließend Versammlung
der Helferinnen.

Methodistengemeinde.

Sonntag, 8. Februar vorm.
1/2 10 Uhr Predigt, (Ulrich
Freudenstadt) und Feier
d. H. Abendm. Sonntags-
schule fällt aus. nachm. 2
Uhr Vierteljahrsversg.
abends 1/8 Uhr Evangeli-
sationsversammlung.

Dienstagabends 8 Uhr Jügl.
und Jungfrauenverein.
Mittwoch abends 8 Uhr Ge-
bettsversammlung.

Forstamt Pfalzgrafenweiler.

Nadelstamm- holz-Verkauf.

Am Montag, den 16.
Februar, vormittags 10
Uhr in Pfalzgrafenweiler
im Gasthaus z. „Schwanen“
aus Staatswald 3587 Hk.,
1728 Ta. mit 7m Langh.:
671 L., 1447 H., 1470 Hk.,
639 IV., 314 V., 48 VI. Hk.
Abschnitte: 30 L., 21 H.,
6 Hk.; ferner 81 Fo.
mit 7m Langh.: 2 L.,
13 H., 13 Hk., 7 IV.,
13 V., 1 VI. Hk. und Ab-
schnitte 2 Hk. Losver-
zeichnisse durch die Forst-
direktion G. f. D. Stuttgart.

Egenhausen.

Ein leichtes

Rassepferd

sehr gut im Zug, verkauft
ev. mit Geschirre
Fr. Gänhle, z. Ochsen.

Prima Torfmull

trifft in Kürze ein und
nehmen Bestellungen hie-
rauf schon jetzt entgegen

Veeh & Ziegler, Altensteig

Tel. 9.

Nagold.

Von kommenden Montag früh ab haben wir wieder
in unseren Stallungen in Nagold schöne

trächtige
Kalbinnen



zum Verkauf stehen.

Friedrich Kapp
und Max Lassar.

Gerade für Wollwäsche-

Persil

Jumper, Westen, Strickkleider, all die
modernen Sachen in ihren mannigfalti-
gen Arten und Farben, lassen sich
hervorragend mit Persil waschen; sie
werden prachtvoll im Aussehen und
behalten die Form. — Man wäscht
Woll Sachen natürlich immer handwarm.

Altensteig.

Gesangbücher

für Konfirmanden

bei größter Auswahl und niedrigst gestell-
tem Preis sind zu haben bei

W. Rohler
Buchbinder.

Ehhausen.

Am kommenden Samstag und
Sonntag



Mehlsuppe

wozu freundlichst einladet

Albertine Barth z. „Linde“.

Empfehle:

la Spezial Mullmehl

Brotmehl : Futtermehl, Kleie,
Maiszuckermehl, Teilmehl
Torfmelasse - Hafermelasse
La Plata-Hafer

Ferner bringe mein

Weinlager

in empfehlende Erinnerung.

M. Schnierle, Altensteig.



Torfmelasse

frische Ladung
eingetroffen

Veeh & Ziegler, Altensteig

Tel. 9.